

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Dienstag, 17. Juni 1966

Nr. 122 (5 250)

Preis 3 Kopeken

35,6 RUBEL EINKÄUFEN je 1 000 Deziliter Milch erhält man in diesem Jahr im Kolchos „Selsyus“, Rayon und Gebiet Taldy-Kurgan, im Vorjahr bezieht man hier um 4,6 Rubel weniger.

Dank dem Übergang der Viehzüchter zum Brigadearbeit und dank der Verwirklichung von Organisationsmaßnahmen zur Festigung der Futterbasis wurde es möglich, die Qualität der Milch zu verbessern und ihre Gesteinskosten herabzusetzen.

DIE SCHLÜSSEL zur neuen Wohnung haben fast 300 Familien in den Städten und Dörfern des Gebiets Pawlodar erhalten. So wurden in Jermak für das Kollektiv des Betriebs für Metallkonstruktionen ein Haus fertiggestellt. Allein im April wurden hier Wohnhäuser mit einer Gesamtfläche von mehr als 5 000 Quadratmeter schlüsselfertig.

UMSICHTIGE Wirtschaftsführung ist in allen Brigaden des Trümpf „Dsheskasanselstroi“ Trümpf. Besonders tun sich dabei die Mitglieder der Komplexbrigade von Piotr Rudenko aus der Mechanisierten Mobilen Kolonne Nr. 1102 hervor. Bei der Einrichtung eines Achtfamilienhauses und einer Tierarztstelle in der Siedlung Osjorny hat die Brigade 2,5 Tonnen Zement und 1,5 Kubikmeter Nutzholz gespart.

## Im Politbüro des ZK der KPdSU

Das Politbüro des ZK der KPdSU hat auf seiner Sitzung am 13. Juni die Hauptkennziffern des auf Beschluß des XXVII. Parteitages der KPdSU vom Ministerrat der UdSSR fertiggestellten Staatsplans der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes für die Jahre 1966 bis 1990 erörtert.

Wie auf der Sitzung festgestellt wurde, dokumentiert sich in dem zwölften Fünfjahrplan die vom Aprilplenum (1965) des ZK der KPdSU ausgearbeitete und vom XXVII. Parteitag der KPdSU bereicherte und gebilligte Strategie zur Beschleunigung der Entwicklung der Sowjetgesellschaft. Der Planentwurf ist darauf ausgerichtet, das Tempo und die Effektivität der wirtschaftlichen Entwicklung zu erhöhen, eine weitere Hebung des Wohlstands des sowjetischen Volkes zu gewährleisten und die Verteidigungsfähigkeit des Landes auf dem gebührenden Niveau zu halten.

Die Hauptursache für die gespannte internationale Lage, so wurde festgestellt, sind die gefährliche außenpolitische Kurs, die großmachtpolitischen und globalistischen Ambitionen der USA-Administration, die nicht gewillt ist, im Geiste der Vereinbarungen von Genf zu wirken und dem Willen der Völker Rechnung zu tragen.

Auf der Tagung wurde die Wichtigkeit einer weiteren Stärkung des militärisch-politischen Verteidigungsbündnisses der sozialistischen Staaten und der Entwicklung ihrer Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen bekräftigt.

## Heu von entlegenen Schlägen

Im Sowchoz „Nowodolinski“ arbeitet die neunte Futterbeschaffungsbrigade Heu auf dem entlegenen Schlag Unuschilk, der etwa 200 Kilometer von der Zentralstadt entfernt ist.

rationelle Nutzung der Arbeitskräfte und der Mechanik“, sagt der Brigadier Viktor Kirjuchin. „Deshalb sind gerade soviel im Einsatz, wie im gegebenen Moment mit der Arbeit zu Rande kommen.“

mittels eines Hakens. Wenn der Haken gelöst wird, fallen die hier verladenen 50 bis 55 Heuballen auseinander. Darauf hebt der Schobersteller sie mit Greifern und verstaubt sie in die Transporthänger.

## Die Ausbildung von Hoch- und Fachschulkadern auf das Niveau der modernen Forderungen heben

Zur Zeit wird in Kasachstan wie auch im ganzen Lande der in der Presse veröffentlichte Entwurf des ZK der KPdSU „Hauptrichtungen der Umgestaltung des Hoch- und Fachschulwesens im Lande“ vom ganzen Volk erörtert.

Die Ansehnlichkeit der Umgestaltung wurde dadurch hervorgerufen, daß für die Lösung der wahrhaft revolutionären, vom XXVII. Parteitag der KPdSU gestellten Aufgaben der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes eine grundlegende Verbesserung der Qualität der Berufs- und der marxistisch-leninistischen Ausbildung von Hoch- und Fachschulkadern erforderlich ist.

Zusammenhang stehen und deren Lösung nur gemeinsam möglich ist. Man könnte sie folgendermaßen charakterisieren: Die Einstellung, möglichst viele Fachleute in der Volkswirtschaft einzusetzen, hat ein rein quantitatives Herangehen bei ihrer Heranbildung hervorgerufen, das Streben, in immer größerem Umfang die Ausbildung von Spezialisten aufzustocken, was zur Senkung der Qualität der Ausbildung geführt hat.

Die Aneignung eines fundamentalen Grundwissens ist dazu nötig, damit es wirklich als Fundament dienen kann, auf dem der Spezialist später im Laufe seiner gesamten aktiven Tätigkeit aufbauen, sein Wissen umbauen kann.



## Sieger im Wettbewerb

In die Produktionsvereinigung „Eklbastusugol“ kam eine erfreuliche Nachricht aus Moskau. Das Kollegium des Ministeriums für Kohlenindustrie der UdSSR und das Zentralkomitee der Branchengewerkschaft haben die Rote Wanderfahne der von Rudolf Fetzer geleiteten Baggerbrigade am Schaufelradbaggerkomplex im Tagebau „Bogatyr“ zuerkannt.

Tätigkeit der Hochschulen, über die Ausarbeitung einheitlicher, normativ-rechtlicher Dokumente, die die gegenseitigen Beziehungen von Hochschulen und Betrieben sowie wissenschaftlichen Institutionen festhalten, über die Zweckmäßigkeit anderer Reorganisationsmaßnahmen und Änderungen, die auf das Erreichen der im Projekt vom ZK der KPdSU gestellten Ziele gerichtet sind.

Sie einfließen. Erstens die Arbeitsstelle — das weit über die Grenzen von Akjubinsk bekannte Werk „Geotechnika“.

## Gespräch M. S. Gorbatschows mit P. Shiv Shankar

M. S. Gorbatschow traf am 14. Juni mit dem indischen Außenminister P. Shiv Shankar zusammen, der ihm eine Botschaft des Ministerpräsidenten Indiens Rajiv Gandhi überreichte.

die Begünstigung des Terrorismus. M. S. Gorbatschow stellte fest, daß in der gegenwärtigen Epoche die historischen Wege der Sowjetunion und Indiens in gleiche Richtung gehen.

(KasTAG)





# Panorama

## In den Bruderländern

### Viel Beachtung für Bodenrekultivierung

**BERLIN.** Im laufenden Planjahr fünf 55 Millionen Kubikmeter Nutzholz zu beschaffen und 125.000 Hektar aufzuforsten — diese verantwortliche Aufgabe ist den Werktätigen der Forstwirtschaft des Landes gestellt worden. Bereits in diesem Jahr

will man 350 Millionen junge Fichten, Tannen, Lärchen, Eichen und andere Baumarten pflanzen. Ungeachtet der ständigen Vergrößerung des Holzverbrauchs in der Volkswirtschaft bleibt die Waldfläche der Republik unver-

ändert — 2,9 Millionen Hektar. Das wird hier durch ein ausschließlich rationelles und sorgsames Verhalten zum Wald erzielt, zu dessen Schutz jährlich bedeutende Mittel bereitgestellt werden. Viel Beachtung wird der Bodenrekultivierung dort geschenkt, wo Braunkohle im Tagebauverfahren gewonnen wurde oder wird. So hat man während des vergangenen Planjahres fünfzig junge Bäumchen auf 7.500 Hektar gepflanzt.

## Die Zementproduktion nimmt zu

**PJONGJANG.** Zement ist das wichtigste Erzeugnis der Baustoffindustrie der KDVR. Ein Zementwerk, das in der Nähe von Pjongjang errichtet wird, soll seine Produktion erweitern helfen. Die reichen Vorräte an Kalkstein, Ton und Sand, die die Natur in dieser Region bietet, haben breite Möglichkeiten für die rationelle Nutzung von örtlichen hochwertigen Rohstoffen mit Minimalaufwand eröffnet. Jetzt liegt es an der Technik. Der Vorteil des neuen Werks besteht in der Automatisierung sämtlicher Produktionsprozesse. Kurz vor dem Abschluss steht die Errichtung des Hauptbetriebsgebäudes, eine Eisenbahn ist schon in Betrieb. Gleichzeitig wird hier ein Energiesystem gebaut. Mehrere Häuser mit insgesamt 1.000 Wohnungen sowie kulturellen und sozialen Einrichtungen sind entstanden.



**POLEN.** Der Lastkraftwagen 'Star-742' ist eines der fünf neuen Modelle, die im Dzierzynski-Autowerk von Starachowice entwickelt worden sind. Die Erfüllung der sozialistischen Verpflichtungen, die von seinem Arbeitskollektiv zu Ehren des bevorstehenden X. Parteitags der polnischen Kommunisten übernommen worden sind, zeugt von einer entschiedenen Unterstützung der auf die weitere Stärkung der sozialistischen Errungenschaften gerichteten Linie der Partei durch die Werktätigen. Foto: TASS

## Entgegen den Druck westlicher Länder

Der UNO-Ausschuß für die Vorbereitung einer internationalen Konferenz über die Wechselbeziehung zwischen Abrüstung und Entwicklung hat beschlossen, dieses Forum für das kommende Jahr einzuberufen. In einem einstimmig angenommenen Beschluß des Gremiums werden die großen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, der Regierungen vieler Länder und nichtstaatlicher Organisationen hervorgehoben, die sie für die Vorbereitung dieser Konferenz unternommen haben.

## Serienfertigung aufgenommen

**HANOI.** Die neuen Modelle des einheimischen Traktors „Lotos“ haben sich während der Tests auf den Feldern der Staatsgüter und Produktionsgenossenschaften sehr gut bewährt. Das Landmaschinenbauwerk Hanoi hat die Serienfertigung dieser Maschinen aufgenommen. Bereits seit mehreren Jahren leisten die anspruchslosen Mini-Traktoren des Typs „Lotos“ den Ackerbauern der SRV gute Dienste. Sie verrichten die verschiedensten Dienste bei der Bodenbearbeitung und Güterbeförderung. Im vorigen Fünfjahresplan-Zeitraum hat sich der Landmaschinenpark des Landes bedeutend erweitert. Die Festigung der materiell-technischen Basis der Agrarbetriebe ist zu einem der wichtigsten Faktoren der Vorwärtsbewegung dieses Zweiges geworden.

## Ausstellung der Leichtindustrie

**PRAG.** Führende tschechoslowakische Betriebe der Leichtindustrie zeigten ihre Erzeugnisse in der gesamtstaatlichen Verkaufsausstellung der Konsumgüter, die in Brno zu Ende ging. In diesem Jahr besuchten rund 440.000 Personen — eine Rekordzahl der Besucher in den letzten zehn Jahren — die Ausstellungshallen in Brno. In-

samt wurden hier Waren für 12 Milliarden Kronen verkauft. Diese Leistungsschau der Leichtindustrie wird von den Fachleuten ein Spiegel der Kaufkraftnachfrage genannt. Viele hier zum ersten Mal ausgestellte Erzeugnisse, die den Besuchern gut gefallen haben, werden in nächster Zukunft weitgehend in den Verkauf gelangen.

## Wer verursacht Spannungen in der Welt?

Die gegenwärtigen internationalen Spannungen sind ein direktes Ergebnis der Politik der Stärke, die vom Imperialismus als ein Instrument internationaler Beziehungen eingesetzt wird. Das stellte Mengistu Haile Mariam, Generalsekretär des ZK der Arbeiterpartei Äthiopiens und Vorsitzender des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates, in Addis Abeba fest. Wie er ferner konstatierte, verstoßen die Länder des Westens weiterhin unverfroren gegen das Völkerrecht, gegen die nationale Souveränität von Völkern und Staaten und gegen deren territoriale Integrität. Vom Westen werde der Staatsterrorismus und das Wetrüben forciert, wodurch die Menschheit an den Abgrund einer Katastrophe geführt werde. Bei der Durchsetzung der volks-

feindlichen Politik werde von ihnen auch die Tatsache ignoriert, daß dieses Jahr von der UNO zum internationalen Friedensjahr proklamiert worden ist, sagte Mengistu Haile Mariam. Mengistu Haile Mariam verurteilte die verbrecherische bewaffnete Aggression der USA gegen Libyen. Durch diese barbarischen Angriffe seien die süd-afrikanischen Rassisten zu ihrem unverfrorenen Überfall auf die afrikanischen „Frontstaaten“ Batswana, Sambia, Simbabwe und Angola ermuntert worden, stellte Mengistu Haile Mariam fest. Die durch nichts provozierten Aktionen hätten einen weiteren Beweis für die gleichen verbrecherischen Ziele und Methoden der Reagan-Administration und des Rassistensystems Pretorias geliefert.

Mittel, die heute für die Waffenproduktion verschleudert werden, sollte man für die Entwicklung und den Fortschritt verwenden. „Wir rufen auch zu einer internationalen wirtschaftlichen Neuordnung auf, die der wirtschaftlichen Ausplünderung der Entwicklungsländer durch die Länder des Westens ein Ende setzen würde“, sagte Mengistu Haile Mariam. Mengistu Haile Mariam unterstützte den gerechten Kampf der arabischen Völker gegen die israelische Aggression. Er erklärte sich solidarisch mit dem Kampf des Volkes Nikaraguas, das mutig seine Unabhängigkeit verteidigt, sowie mit dem Kampf des Volkes El Salvadors, und würdigte die afghanische Revolution. Äthiopiern wolle den Freiheitskämpfern im Süden Afrikas materielle Unterstützung erweisen, teilte Mengistu Haile Mariam mit.

## Washington wirft einen weiteren Vertrag über Bord

Nun hat Washington völlig unzuweilig erklärt, daß die Vereinigten Staaten endgültig vom so-wjetisch-amerikanischen Vertrag aus dem Jahre 1979 über die Begrenzung der strategischen Rüstungen abrücken. Der SALT-2-Vertrag existiert nicht mehr. Er ist tot“, verkündete offiziell der Pressesprecher des Weißen Hauses Larry Speakes. Allein schon die Art und Weise, wie diese Entscheidung Präsident Reagans der Weltöffentlichkeit präsentiert wird, bestätigt die schlimmsten Vermutungen der Kommentatoren über die wahre Orientierung des Außenpolitischen Kurses der Vereinigten Staaten. Auf dem Holzwege waren jene Kritiker des Präsidenten, die behaupteten, Reagan wisse aus dem Herzen einfach nicht, wohin er sich treiben lasse. Als die Weisung über die Ausrüstung des 131. strategischen Bombers mit Marschflugkörpern bereits durch seine Unterschrift abgesetzt war, was eine offene Torpedierung von SALT 2 bedeutet, versuchte Reagan dennoch, sein Abrücken von diesem Vertrag zu kaschieren. Sein widersprüchliches Verhalten — zunächst die Aufbahrungen von der Absicht da USA, SALT 2 zu verlegen, dann Andeutungen über die Möglichkeit, den Vertrag aufrechtzuerhalten, und schließlich die nicht allzu mutige Entscheidung, durch den Mund eines zweitrangigen Angestellten den endgültigen Ausstieg aus dem Vertrag zu verkünden —, all das läßt darauf schließen, daß der Präsident wohl weiß, was er tut, sich aber vor der Verantwortung für diesen Schritt fürchtet. Der SALT-2-Vertrag schuf eine Reihe effektiver Barrieren gegen die Eskalation des nuklearen Wettlaufens. Er legte für beide Seiten die zahlenmäßigen Obergrenzen für die Träger strategischer Waffen fest und begrenzte die Zahl der Gefechtsköpfe auf Langstreckenraketen, verbot die Behinderung von Beobachtungssatelliten, schloß die Möglichkeit der Stationierung einiger Klassen besonders gefährlicher Raketen aus und sah eine Reihe beiderseitiger Verpflichtungen vor, deren Einhaltung die Gefahr eines Kernwaffenkrieges verringern würde.

Bei all den Unterschieden in der Haltung der UdSSR und der USA zu den Problemen von Krieg und Frieden hatte es bis 1981 zwischen beiden Seiten einen gewissen Konsens über die Wege zur Aufrechterhaltung der Stabilität und über die Gefahr einer Destabilisierung der militärisch-politischen Lage gegeben. Die vorangegangenen USA-Administrationen waren sich über das Risiko im klaren, mit dem ein absolut unkontrolliertes nukleares Wettrennen verbunden ist, und bemüht sich, Situationen zu vermeiden, in denen lebenswichtige Entscheidungen innerhalb weniger Minuten getroffen werden müßten und in denen die Ereignisse außer Kontrolle geraten werden könnten. Gerade dieser Konsens über einige globale Probleme machte es möglich, bis 1979 eine Reihe wichtiger Übereinkünfte über die Zügelung des Wettlaufens zu erzielen. Dazu gehörte auch der SALT-2-Vertrag. Es entsteht der Eindruck, als würden die all-gemeingültigen Anschauungen über die Gefahr einer Destabilisierung der militärisch-politischen Lage und über die katastrophalen Folgen eines unkontrollierten Wettlaufens von der heutigen USA-Administration nicht geteilt. Ebendeshalb hat sie das zeitweilige Abkommen von 1972 und den SALT-2-Vertrag bedenkenlos über Bord geworfen und stellt durch ihre weiteren Aktivitäten die Begründung der Raketenabwehrsysteme, über das Verbot der Kernwaffentests und über die Prinzipien der Tätigkeit von Staaten im Weltraum in Frage. Vor den Präsidentenwahlwahlen von 1984 waren Ronald Reagan-nachstehende Personen nicht müde hervorzuholen, der Chef des Weißen Hauses wolle als Friedensstifter in die Geschichte eingehen. Heute ist es völlig offensichtlich, daß entweder diese Beteuerungen jeder Grundlage entbehren oder der Präsident selbst zu der Auffassung gelangt ist, daß es überhaupt keine Geschichte mehr geben soll. Wladimir BOGATSCHOW, TASS-Kommentator



## Busineß auf der Wacht

„Geld stinkt nicht!“ Mit diesem bekannten Ausspruch eines der römischen Imperatoren hat sich seit langem der Kapitalismus gewappnet. Die Freiheit des privaten Unternehmertums erlaubt es, von allem zu profitieren: von Spekulation und Erpressung, von Schamlosigkeit und Sensation. Zu Gold kann man Schweiß, Blut und Tränen von Millionenmassen machen. Doch das sind bereits Methoden von gestern. Heute braucht man neue Waren, die man in Bargeld verwandeln könnte. Diese Ware hat man schon gefunden. Das ist die Angst. Sie wird den westlichen Bürgern von den bourgeoisen Informationsmedien eingegagt, die unermüdetlich von der „Gefahr vom Osten“ schwadronieren und apokalyptische Bilder dazu malen. Diese günstige Situation suchte der französische Geschäftsmann Rene le Boettier zu nutzen, indem er neulich in Paris ein „Zentrum für antinukleare Information“ eröffnete, einfacher gesagt — eine Verkaufsstelle für Schutzmittel im Fall eines Atomkrieges. Hier gibt es eine reiche Auswahl von Gasmasken, Sauerstoffzanzüger, und sogar... Bunkern. Um die Aufmerksamkeit der Kunden auf sein Unternehmen zu lenken, spart der Geschäftsmann nicht bei der Werbung. Unter anderem organisierte er einen zwei Wochen langen Aufenthalt seiner Familie in einem solchen Bunker (unser Bild). Obigen zweifelt er kaum an dem Erfolg seines Vorhabens. Seine Waren erfreuten sich ansteigender Nachfrage in einigen westeuropäischen Ländern und sogar in Japan.

Das Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR N. I. Ryschkow an den UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar ist von der sowjetischen Delegation auf der ersten Sitzung des Weltraumausschusses der Genfer Abrüstungskonferenz vorgestellt worden. Aus diesem Anlaß verwies der sowjetische Vertreter darauf, daß der von der Sowjetunion vorgeschlagene Plan des „Sternenfriedens“ gleichermaßen zwei Aspekte der einheitlichen globalen Aufgabe berücksichtige: Die Notwendigkeit, die Vorbereitung auf die „Sternen-kriege“ zu stoppen, die zu einem nuklearen Selbstmord führe, und die friedliche Erschließung des Weltraums durch gemeinsame Anstrengungen aller Staaten. Die ausgewogenen und weitreichenden UdSSR-Initiativen seien dazu bestimmt, die Arbeit an dieser Aufgabe auf bilateralen wie auch multilateralen Grundlag, einschließlich der Abrüstungskonferenz, zu aktivieren.

## Bauern beginnen zu rebellieren

Für den Landwirtschaftsminister der BRD Ignaz Kiechle sind schlimme Zeiten eingetreten. Der Posten eines Regierungsmittleglieds rettet nicht vor ätzendem Spott bei Begegnungen mit denjenigen, die das Amt zu bevorzugen haben. Ignaz Kiechle dick und rund — die Hüfte sind nicht mehr gesund — ist nicht gerade das bedendste Verslein von denen die die protestierenden Bauern auf ihre Transparenten schreiben. Auf einer Bauernversammlung in Fulda wagte er es nicht, durch den brodelnden Saal zu gehen, sondern schlich durch den Notausgang auf die Bühne. In Dithmarschen drohte man ihm mit Mord und Todschlag. In Dortmund, so schreibt der bundesdeutsche „Spiegel“, bat er mit weinerlicher Stimme das tobende Auditorium, ihn anzuhören, indem er es anhielt: „Ich bin doch auch ein Bauer.“ (Er besitzt in der Tat eine ganz ansehnliche Farm).

tungen insgesamt 22 leitende Posten innehat. Wer Helmut Kohl ist, braucht kaum erläutert zu werden. Es kam sogar zu Bauerndemonstrationen. Neulich drang eine Menge rheinischer Dorfleute, bewaffnet mit Dreschlegeln und manns hohen Strohhäben, die auch Kühe bei sich hatten, in den Raum vor dem Parlamentsgebäude in Bonn, wo Demonstrationen verboten sind. Auf die Forderung der Polizei, auseinander und nach Hause zu gehen, antworteten sie mit höhnischen Bemerkungen wie: „Willst Fingerabdrücke haben? Nimm sie bei meiner Kuh!“ Was war das los? Im großen und ganzen herrscht die Meinung, daß die Bauern ziemlich wohlhabende, politisch träge Leute und für die rechtsbürgerlichen Parteien ein zuverlässiges Hinterland sind. Doch der erste Teil dieses Stereotyps entsprach noch nie der Wirklichkeit. Die in einer der letzten Ausgaben des „Spiegels“ veröffentlichten statistischen Angaben sprechen für sich: Jahraus, Jahrein verringert sich die Zahl der Bauernhöfe und zwar alljährlich um 20.000. Wenn das so weiter geht, so wird es nach Ansicht der Spezialisten nach dem Jahre 2000 im Lande nur noch Großbetriebswirtschaften und Agrarfabriken geben; das Durchschnittseinkommen der Landwirtschaft sinkt; im Wirtschaftsjahr 1984–1985 war es geringer als vor zehn Jahren; die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft nimmt ab;

selt 1950 haben mehr als 3,5 Millionen Menschen das Dorf verlassen; die meisten Bauern stecken bis über die Ohren in Schulden; im Durchschnitt lasten auf jedem Hektar Nutzland 5.200 DM Schulden. Gleichzeitig sei über die schreiende Ungleichheit bei der Einkommensverteilung gesagt. Wir wollen hier nicht vom Landadel und den Dorfkapitalisten — den Junkern — sprechen. Die „höchsten“ 25 Prozent der Vollerwerbsbetriebe erzielen etwa 55.000 DM Gewinn je Familienarbeitskraft. In den „untersten“ 25 Prozent (nach vorjährigen Angaben) muß man sich mit etwas mehr als 2.200 DM jährlich begnügen. Zum Vergleich: der durchschnittliche städtische Reallohn beträgt immerhin 1.200 DM pro Monat. Die Lage wird noch durch das sehr schwach entwickelte System der Sozialfürsorge verschlimmert. Wollen die Alten ihr Leben geruhm beschließen, müßen ihre Nachfolger die Wirtschaft weiterführen. Diese arbeiten — vor dem „Dorfdiötenismus“ — und auch vor der Armut. Prognosen des Instituts für Agrarsoziologie der Gleibener Universität zufolge sollen in den nächsten zwei Jahrzehnten 14.000 Bauernhöfe jährlich herrenlos werden. „Bis Ende der neunziger Jahre“, schreibt „Der Spiegel“, „wird es in der Bundesrepublik rund 300.000 Landwirte ohne ausreichende soziale Sicherung

geben — eine soziale Katastrophe auf dem Lande, so ein Bonner Agrarexperte, „von der in der Regierung niemand redet.“ Jetzt zur politischen Tragheit: was war, muß man lassen. Es geht hier darum, daß die bundesdeutschen Bauern geraume Zeit — seit Mitte der 60er bis zum Ende der 70er Jahre — bestimmte Vorzüge genossen dank dem Bestehen von „Grüneuropa“ — eines Finanzmechanismus zur Regelung der Agrarproduktion innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Er sah vor, daß die Regierungen bei den Agrarproduzenten auf Kosten des Haushalts der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Überschüsse an Erzeugnissen, die keinen Absatz finden, zu garantierten Minimalpreisen aufzukaufen werden. Das wurde übrigens von Bonn im Interesse der Groß-Agrarproduzenten vorgeschlagen, dabei sind auch manche Brocken für die kleinen Landwirte abgefallen. Gleichzeitig wurden innerhalb der Gemeinschaft künstlich ein hohes Preisniveau bei Erzeugnissen aufrecht erhalten, die für die Konsumenten bestimmt waren. Dadurch häuften sich mit jedem Jahr mehr Überschüsse von Nahrungsmitteln an, deren Lagerung und erzwungener Absatz zu verhältnismäßig niedrigen Preisen des Weltmarkts außerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft immer teurer zu stehen kamen. Und nun ist offensichtlich der Zusammenbruch da. Mittel für finanzielle Hilfe bleiben immer weniger. Jetzt will man Maßnahmen

zur Einschränkung der Produktion beschließen. Man bewegt die Bauern, den Boden unbebaut zu lassen: es wurden Quoten für den Milchankauf eingeführt. Sobald der Landwirt die festgesetzte Grenze überschreitet, wird der Preis um 75 Prozent herabgesetzt. Mechanisierte Großfarmen mit gut organisiertem Absatz können — nach Ansicht landwirtschaftlicher Berichterstatter — ganz gut auch unter diesen Bedingungen gedeihen, wenn sie zur Produktion übergehen, denen noch kein Überangebot droht. Die Kleinproduzenten derselben Milch können praktisch nicht umschalten. Ihnen droht der Ruin; eigentlich verarmen sie jetzt schon. Daher wird die Losung „Kein Bauer mit ‘ner Kuh wählt heut noch CDU“ tagaus, tageln populärer. Eine Losung bleibt natürlich nur eine Losung, doch treffen bei den Spitzen der größten der in der BRD herrschenden Parteien, die gemeinsam mit der Christlich Sozialen Union vor Strauß auch im Vorstand des Deutschen Bauernverbandes herrschen (Heerenbach), immer mehr besorgniserregende Signale ein. Bereits im März zogen viele Dorfbewohner es während der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein vor, sich bei der Stimmabgabe zu enthalten oder für die Opposition zu stimmen. Nach den Aussagen von Umfragen waren noch 1979 rund 75 Prozent bereit, für die CDU/CSU zu stimmen. In diesem Jahr — nach Angaben des Bad-Godesberger Ifas-Instituts — machten diese nur noch 58 Prozent aus. Bedrohlich für die CDU wächst

die Zahl der Wähler — Anhänger eines Wahlbündnisses, was der Opposition zum Übergewicht verhelfen könnte. Am 15. Juni fanden die Landtagswahlen in Niedersachsen statt. Sollte hier die CDU die Stimmenmehrheit eingebüßt haben, verliert die regierende Koalition sie auch im Bundesrat, der Obersten Kammer des Bundesparlamentes. Nach vor den Wahlen hatte der Premierminister der Landesregierung Ernst Albrecht (CDU) an jeden der 120.000 Landwirte in Niedersachsen einen Brief (vier Blatt) voller Versprechungen vermischt mit schreckerregenden Prophezeungen von allerlei Unglück für den Fall des Sieges der Opposition gesandt. Eine Reihe von Beobachtern ist der Ansicht, daß er nicht nur für sich kämpft, sondern sich auch für Helmut Kohl verwendet, der bei einer für die CDU ungünstigen Entwicklung der Ereignisse Gefahr läuft, seinen Posten zu verlieren. Doch in der Landeswahlstadt Hannover konnte man Wahlplakate der CDU mit der Losung „Wir Niedersachsen haben Ernst Albrecht“ sehen, die durch das kleine Wörtchen „satt“ in das Gegenteil verwandelt worden waren und zwar bereits im März zogen viele Dorfbewohner es während der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein vor, sich bei der Stimmabgabe zu enthalten oder für die Opposition zu stimmen. Nach den Aussagen von Umfragen waren noch 1979 rund 75 Prozent bereit, für die CDU/CSU zu stimmen. In diesem Jahr — nach Angaben des Bad-Godesberger Ifas-Instituts — machten diese nur noch 58 Prozent aus. Bedrohlich für die CDU wächst

## Ausgewogen und weitreichend

Das Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR N. I. Ryschkow an den UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar ist von der sowjetischen Delegation auf der ersten Sitzung des Weltraumausschusses der Genfer Abrüstungskonferenz vorgestellt worden. Aus diesem Anlaß verwies der sowjetische Vertreter darauf, daß der von der Sowjetunion vorgeschlagene Plan des „Sternenfriedens“ gleichermaßen zwei Aspekte der einheitlichen globalen Aufgabe berücksichtige: Die Notwendigkeit, die Vorbereitung auf die „Sternen-kriege“ zu stoppen, die zu einem nuklearen Selbstmord führe, und die friedliche Erschließung des Weltraums durch gemeinsame Anstrengungen aller Staaten. Die ausgewogenen und weitreichenden UdSSR-Initiativen seien dazu bestimmt, die Arbeit an dieser Aufgabe auf bilateralen wie auch multilateralen Grundlag, einschließlich der Abrüstungskonferenz, zu aktivieren.

## Zu subversiven Aktivitäten der CIA in Afrika

Spuren der verbrecherischen terroristischen Aktivitäten der CIA könne man auf verschiedenen Kontinenten und in vielen Ländern entdecken, schreibt die libysche Zeitung „Al-Zahf Al Akhdar“ in einem Artikel unter dem Titel „Die afrikanische Karte der CIA“. Mal hier, mal dort werde eine USA-Beteiligung an der Vorbereitung regierungsfeindlicher Verschwörungen und Stürze, an Diversionen, Attentaten und Morden aufgedeckt. Heute werde die Welt zum Zeugen einer tragischen Entwicklung in Libanon und in Grenada, um Nikaragua und in El Salvador, von fortwährenden Provokationen gegen Libyen, Terrorakten und Diversionen regierungsfeindlicher Gruppierungen gegen Angola und Mocambique, Äthiopien und Sudan, von Verschwörungen in Tansania und Ghana, Nigeria und Burkina Faso. Und hinter all dem stehe der Geheimdienst der USA, konstatiert die libysche Zeitung. Manchmal sei das schwer zu beweisen, manchmal liege das eindeutig auf der Hand. Die CIA habe eine ganze Liste blutiger Terrorakte auf ihrem Gewissen: politische Mordattentate gegen fortschrittliche Persönlichkeiten in afrikanischen Ländern und Komplote zum Sturz Washington mißliebiger Regierungen. Was Libyen betreffe, schmede die CIA permanent Geheimpläne gegen dieses Land, einschließlich einer physischen Vernichtung Ghaddafis, stellt „Al-Zahf Al Akhdar“ fest. Die CIA-Beteiligung am Kampf gegen die fortschrittlichen Bewegungen in Afrika werde durch die Ereignisse in Angola, auf markante Weise veranschaulicht, stellt die Zeitung fest. Seit mehr als zehn Jahren würden die Aktivitäten der Terrororganisation UNITA von der USA-Regierung geleitet. „Die UNITA-Banden terrorisieren die Zivilbevölkerung, ermorden Vertreter der legitimen Macht und betreiben wirtschaftliche Sabotage“, konstatiert das libysche Blatt. Große Unterstützung für die CIA bei deren Terroraktionen gegen demokratische Regimes in Afrika werde von Südafrika erwiesen. Zur Koordinierung ihrer Aktionen mit den rassistischen Geheimdiensten seien von der CIA Zentren in Johannesburg und Windhuk eingerichtet worden.

Foto: TASS

Valeri BERG, Berichterstatter der „Freundschaft“

